

fehlen, weil nicht klare Sicherungen eines gewaltfreien Einsatzes gegeben sind. Daher „müssen wir hier weiter eigene Wege gehen“ (epd, 21. 8. 74). Allerdings wird ausdrücklich bemerkt, daß sich die VELKD weder ein positives noch ein negatives Urteil über die Notwendigkeit eines gewaltsamen Kampfes gegen bestimmte Formen der Unterdrückung anmaßen wolle: „Wir meinen aber, daß sich Kirchen nicht direkt oder indirekt an gewaltsamem Handeln beteiligen oder dazu ermutigen dürfen. Deshalb sind wir nicht bereit, einen Fonds zu unterstützen, der in seinen Bestimmungen den Ein-

druck nicht vermeidet, daß mit ihm auch zur Anwendung von Gewalt ermutigt wird.“ Die VELKD sei jedoch, auch im Zusammenwirken mit dem ÖRK, zu jeder ihr möglichen humanitären Hilfe bereit. Außerdem halte sie es für dringend geboten, daß „die in der bisherigen Auseinandersetzung über das Programm zur Bekämpfung des Rassismus hervorgetretenen theologischen Differenzen um der Gemeinschaft der Kirchen im ÖRK willen *dringend* der weiteren Erörterung bedürfen“. Positive Ansätze seien dazu durch die Beschlüsse des Zentralausschusses gegeben worden.

Der Vatikan und die Weltbevölkerungskonferenz

Die von den Vereinten Nationen einberufene Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest vom 19. bis 30. August hat in vieler Hinsicht einen unerwarteten Weg eingeschlagen. Fragen der Geburtenkontrolle, Familienplanung und des Bevölkerungswachstums traten im Verlauf der Konferenz immer mehr hinter die Behandlung der Forderung nach durchgreifenden Wirtschafts- und Sozialreformen, nach Konsumverzicht, Umverteilung der Reichtümer und verstärkter Entwicklungshilfe zurück. Der Vatikan hielt auf der Konferenz unbeirrt seinen Kurs bei, der bereits langfristig seit Oktober 1973 festgelegt war (vgl. HK, Mai 1974, S. 230 ff.). Die Linie läßt sich von dem Rundschreiben des Staatssekretariats an alle Bischöfe über vorbereitende und begleitende Darstellungen im „Osservatore Romano“ und „Osservatore della domenica“ sowie Äußerungen des Papstes zu Beginn und Ende der Konferenz bis hin zu den Wortmeldungen und Reden vatikanischer Delegierter in Bukarest verfolgen. In letzter Konsequenz schließlich versagte die Delegation Roms dem verabschiedeten „Weltbevölkerungsaktionsplan“ die Zustimmung, obwohl Änderungen vorgenommen worden waren, die der Intention des Vatikans entsprachen. Die

bleibenden Vorbehalte bezogen sich, nachdem eine vor allem von den Amerikanern vertretene rein quantitative Sicht des Bevölkerungsproblems eliminiert war, vorwiegend auf die unklaren Aussagen zur Abtreibung.

Vatikanische Stellungen vor der Konferenz

Die vatikanische Wochenzeitung „Osservatore della domenica“ machte am 4. August im Hinblick auf die Konferenz klar, daß der Vatikan in Bukarest die moralischen Prinzipien und Lehrsätze der Kirche zum Problem des Bevölkerungswachstums in der Welt herausstellen wolle. Zwar sei sich die Kirche sehr wohl der Probleme des Hungers, der Wohnungsnot, der Gesundheitsfürsorge, der Arbeitsplatzbeschaffung und der Verknappung der Rohstoffe bewußt. Doch all dies könne nicht eine Verletzung des „ersten aller Rechte überhaupt“, nämlich des Rechts auf Leben und auf Vermehrung des Lebens rechtfertigen. Gewarnt wurde vor „jener negativen Geisteshaltung“, die im Namen eines Fortschritts, der in Wirklichkeit ein „furchtbarer Rückschritt“ sei, die Unverantwortlichkeit begünstige und propagiere. Eine solche

von der christlichen völlig verschiedene Geisteshaltung unterstelle, daß der Mensch hoffnungslos von seinen Instinkten bestimmt sei und daß bei der menschlichen Vermehrung Kriterien anzuwenden seien, die in Wirklichkeit „nicht weit von jenen der Tierzuchtlehre“ entfernt seien. Versöhnlicher fiel eine Sendung von Radio Vatikan am 9. August aus. Darin wurde zugestanden, daß das Bevölkerungswachstum in verschiedenen Regionen der Welt so groß sei, daß daraus sich ergebende Probleme praktisch unlösbar seien. Selbst wenn es genügend Land und Rohstoffe zur Versorgung der Mehrheit der gegenwärtigen Bevölkerung gebe, so sei es doch oft unmöglich, die wachsende Nachfrage nach Erziehung und Beschäftigung zu befriedigen. „In solchen Fällen ist eine Verminderung der Rate des Bevölkerungswachstums eine wahre Notwendigkeit für das Allgemeinwohl.“ Die Regierungen „könnten und sollten“ unter solchen Umständen sicherlich eingreifen.

Geradezu programmatisch wirkte ein am Vorabend der Konferenz im „Osservatore Romano“ (17./18. 8. 74) veröffentlichter Artikel des stellvertretenden vatikanischen Delegationsleiters und Sekretärs des päpstlichen Rates „Cor Unum“, Henri de Riedmatten O. P. Seiner Ansicht nach müsse die Konferenz von Bukarest proklamieren, „daß alle Menschen das Recht haben, an den Reichtümern der Welt teilzuhaben, deren noch nutzbares Potential gewaltig groß ist“. Diese These tauchte im Verlauf der Konferenz bei Diskussionsbeiträgen der vatikanischen Delegation immer wieder auf. Auf nähere Rückfragen nach der Wirtschaftlichkeit dieses Potentials und der Bewältigung der mit seiner Nutzung verbundenen Probleme allerdings konnten die römischen Vertreter keine Auskunft geben. Statt dessen verwiesen sie darauf, dies sei Sache der Experten. Andererseits aber wurden Prognosen von Experten über die voraussichtliche Entwicklung des Bevölkerungswachstums von der gleichen Delegation als unwissenschaftlich dargestellt und als Grundlage für heutige Aktionspläne abgelehnt.

Die zweite Forderung Riedmattens an die Konferenz lautete, es solle bestätigt werden, „daß jedes Ehepaar das Recht und die Verantwortung hat, selbst darüber zu entscheiden, ob es ein menschliches Wesen ins Leben ruft“. Dem Sieg der menschlichen Intelligenz, die sich in den Dienst des menschlichen Lebens gestellt hat, sei das heutige rapide Bevölkerungswachstum zu verdanken. Wörtlich schrieb er: „Man stirbt heute nicht mehr so jung, und darum ist die Geburtenrate, die früher eine Ausgleichsrate war, zu einer Wachstumsrate geworden.“ Daraus zog er den Schluß, der ebenfalls als Argument wiederholt bei der Konferenz vorgetragen wurde: Da das Leben ein Geschenk Gottes ist, wäre es ein Widerspruch gegen das Gesetz des Lebens selbst, wenn man behauptete, daß die Verlängerung der Lebenserwartung zu einer Einschränkung des Geschenkes des Lebens führen müsse.

Lediglich eine „demographische, nationale und internationale Solidarität“ könne seiner Meinung nach zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen. Es könne nicht darum gehen, „Druckmittel anzuwenden, um so einer bestimmten Anzahl von Menschen ein beliebig angesetztes materielles Wohlergehen zu sichern“, da dadurch menschliche Anstrengung, Selbstdisziplin, menschliches Leid, aber auch das Glück, Mensch zu sein, im Rahmen verantwortlicher Elternschaft „aus schwerwiegenden Gründen“ die Entscheidung zu treffen, „zeitweilig oder auf unbestimmte Zeit eine neue Geburt zu vermeiden“.

Der Papst selbst nahm am Tag vor Konferenzbeginn, am 18. August, bei einer kurzen Ansprache in Castelgandolfo (vgl. *Osservatore Romano*, 19./20. 8. 74) ebenfalls noch einmal Stellung zu dem „für die heute beginnende Woche angekündigten Ereignis, das in ganz herausragender Weise die Zukunft der Menschheit betrifft“. Er warnte davor, daß in Bukarest das Problem nur von einer „quantitativen und im Grunde materialistischen Betrachtung“ her angegangen werde. Andere Aspekte dürften keineswegs

unbeachtet gelassen werden: „Und der erste unter all diesen Aspekten ist das Recht auf Leben, auf ein normales, wachsendes Leben, wie es dem Menschen gebührt, der von Gott eben dafür geschaffen wurde, um die ganze Erde zu bewohnen, zu bestellen und mit seiner Nachkommenschaft zu erfüllen.“ Als die beiden grundlegenden Normen für die Existenz und den Fortschritt des Menschengeschlechts nannte er die wirtschaftspolitische, wonach allen Menschen das tägliche Brot zugänglich gemacht werden muß, und die moralisch-existentielle, d. h. verantwortliche Elternschaft im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils. Nach der Definition des Papstes bedeutet verantwortliche Elternschaft „Anerkennung der Heiligkeit der Familie, die Freiheit ihrer Fortpflanzungs- und Erziehungsfunktion und die Pflicht, sie nach eigenständigen, aber immer weisen und moralischen Prinzipien zu gestalten“. Bei Nichtbeachtung dieser Kriterien und anderer ethischer und soziologischer Erwägungen steht nach Auffassung des Papstes „das Leben der Menschheit auf dem Spiel“.

Interventionen der vatikanischen Delegation

Die zehnköpfige Delegation des Vatikans unter Führung des ehemaligen Bischofs von St. Paul in Alberta (Kanada) und jetzigen Präsidenten des Päpstlichen Komitees für die Familie, *Edouard Gagnon*, stieg in ungewöhnlicher Weise schon früh in die Diskussion ein. In einer überraschenden Initiative gleich am ersten Tag der Konferenz — der *NC News Service* (20. 8. 74) nannte diesen Schritt „uncharakteristisch“ für eine vatikanische Delegation — bemühte sich Pater de Riedmatten, die Weichenstellung für drastische Maßnahmen zur Geburtenkontrolle zu blockieren, indem er die Aufnahme aller abweichenden Stimmen in das Protokoll und eventuelle Beschlüsse verlangte. Anderenfalls sei die Glaubwürdigkeit der Konferenz in Frage gestellt. Zudem sähe sich der Vatikan bei einer Ablehnung dieses Geschäftsvorschlags vor die Schwierig-

keit gestellt, sich selbst als Träger einer Entscheidung betrachten zu müssen, der lediglich ein weitgehender Konsensus zugrunde liege. Dies berge die Gefahr einer doppeldeutigen Auslegung der katholischen Position in sich, die nicht vertretbar sei. Zwar schlossen sich diesem Anliegen viele weitere Delegationen an, doch wurde schließlich der „Aktionsplan“ ohne Abstimmung angenommen.

Den Höhepunkt vatikanischer Präsenz bildete die Rede von Bischof Gagnon am 23. August (Wortlaut in: *Osservatore Romano*, 25. 8. 74), in der noch einmal der ganze Katalog von Vorstellungen und Vorschlägen, Warnungen und Ermahnungen enthalten war, die zuvor schon in vielen Einzelaussagen dargelegt worden waren. „Ernstere Vorbehalte“ meldete er dabei gegenüber dem Plan an, „mit direkten und indirekten Maßnahmen rasch eine zahlenmäßige Verminderung der Geburtenrate erreichen zu wollen“. Die Angst sei immer „ein schlechter Ratgeber“, da dadurch nur die Aufmerksamkeit auf mehr „augenfällige Zusammenhänge“ und nicht auf die tieferen Ursachen der Weltkrise gerichtet würden. Er wiederholte dann die Forderung nach größerer internationaler Gerechtigkeit und nach der Notwendigkeit, den Handel unter den Nationen auf eine neue Basis zu stellen, um die schweren wirtschaftlichen Mißverhältnisse zwischen den Völkern beseitigen zu können. Zu den ernstesten Gefahren der Gegenwart trägt nach Meinung des Bischofs „der Egoismus der Reichen in viel größerem Maße bei als die Fruchtbarkeit der Armen“.

Eine „neue Ordnung der Entwicklung“ stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen, ohne daß er allerdings konkrete Vorschläge zu ihrer Verwirklichung machen konnte. Eine „zu ausschließliche Aufmerksamkeit für das ganze Problem der demographischen Entwicklung“ müsse der Vatikan ablehnen. Internationale Kooperation und technische Hilfe sollten anstelle der weit verbreiteten Auffassung in den Industrienationen treten, die Völker in der Dritten Welt als „uner-

wünschte Menschen“ zu betrachten, die „die Monopolisierung von Rohstoffen und Mitteln und den Konsum durch eine kleine Gruppe“ behindern. Zugleich warnte er vor den Gefahren einer offensichtlichen „Existenzkrise“ in den entwickelten Ländern. Konsumverzicht der Reichen war schon vorher von Vertretern nichtstaatlicher Organisationen und einigen Entwicklungsländern als Ausweg aus dem heutigen Dilemma hingestellt worden. An den vorbereitenden Konferenzdokumenten bemängelte er, daß sie sich weitgehend vor einer Behandlung „der viel grundlegenden Probleme von Werten und Motivationen“ bei der Fortpflanzung herumdrücken und lediglich den sozio-ökonomischen Betrachtungen Raum geben. Es fehle in den Dokumenten sowohl die Anerkennung „intellektueller, moralischer und geistiger Ordnung“ als auch die Berücksichtigung des Platzes der Liebe, des Glücks und der Freude bei der Erziehung von Kindern.

Widersprüchlich blieb die Rede in bezug auf die sozio-ökonomischen Gesichtspunkte. Einmal wurde heftig davor gewarnt, das Problem in der Hauptsache von dieser Betrachtungsweise anzugehen, dann jedoch wurde praktisch als einzige Lösung eine drastische Änderung der sozio-ökonomischen Bedingungen genannt. Eindeutig war die Absage an Verweise auf Empfängnisverhütung und legalisierte Abtreibung in dem zur Beratung vorliegenden Aktionsplan. Die Grundposition wurde auf einer Pressekonferenz am gleichen Tage noch einmal bekräftigt. Die Kritik galt in erster Linie jenem Artikel des Planes, der alle Staaten verpflichten sollte, bis spätestens 1985 dafür zu sorgen, daß allen Menschen Informationen und Hilfen für die Familienplanung zugänglich gemacht werden. Nicht zuletzt durch den Widerstand des Vatikans und verschiedener lateinamerikanischer Länder kam dieser Passus schließlich zu Fall. Ihm zuzustimmen würde nach Meinung Riedmattens bedeuten, daß „wir die unterschiedslose Anwendung von Verhütungsmitteln billigen“.

Von Bukarest nach Rom

Trotz des Erfolges in Einzelfragen und der Bildung einer eigenartig anmutenden aber aus dem Klima der Konferenz verständlichen „Koalition“, die sich nach vatikanischer Selbstdarstellung (vgl. *Osservatore Romano*, 30. 8. 74) aus dem Vatikan, aus afrikanischen, „sozialistischen“ und lateinamerikanischen Ländern bildete, versagte die römische Delegation dem Aktionsplan die Zustimmung, weil — wie es hieß — im Hinblick auf einige Punkte von größter Wichtigkeit — z. B. die Familie, die Achtung vor dem Leben (Abtreibung), die unterschiedslose Anwendung von Verhütungsmitteln — eine beschränkte Sicht und zweideutige Passagen beibehalten worden seien. Bischof Gagnon erklärte dazu: „Wir stellen fest, daß die nach wie vor bestehenden Zweideutigkeiten, die Einführung unglück-

licher Formulierungen und das Beiseitelassen einiger wesentlicher Dinge voraussichtlich zu viele unannehmbare Interpretationen und Konsequenzen nach sich ziehen werden.“ Als positiv wertete Gagnon, daß es gelungen sei, das Bevölkerungsproblem im Rahmen einer allgemeinen Politik zu sehen. Der „*Osservatore Romano*“, der sich aus den Wortmeldungen in Bukarest mit Vorliebe diejenigen herausuchte, die dem römischen Standpunkt verwandt waren, bemühte sich in einem größeren Abschlußbericht um den Nachweis, daß „die Tätigkeit der Delegation des Heiligen Stuhles sehr geschätzt“ wurde. Den Bezug zu der für November von den Vereinten Nationen geplanten Welternährungskonferenz in Rom schließlich stellte das Blatt mit dem Satz her, „Ja sagen zum Leben in Bukarest bedeutet, sich in Rom dafür einzusetzen, eine solidarische Welt zu bauen“.

Kirchlicher Widerstand in Südkorea

Die Verurteilung führender christlicher Persönlichkeiten Südkoreas am 12. August durch ein südkoreanisches Militärgericht hat schlagartig die Schwierigkeiten für die Kirchen in diesem als freiheitlicher Gegenpol zum kommunistischen Norden gedachten südostasiatischen Land verdeutlicht. Allerdings war die Verhaftung des neben dem früheren Staatspräsidenten *Yun Po Sun* prominentesten Angeklagten, Bischof *Daniel Chi Hak Sun* von Wen Ju, keineswegs der Beginn, sondern eher der Höhepunkt einer seit längerer Zeit sich anbahnenden Entwicklung. Seit Verhängung des Kriegsrechts über das Land im Oktober 1972 ist Südkorea nicht mehr zur Ruhe gekommen. Das Attentat auf den Präsidenten am 15. August, dem seine Frau und eine Studentin zum Opfer fielen, markiert den bisherigen Höhepunkt der Krisensituation. Die Diktatur von Präsident *Park Chung Hee* — durch Verfassungsänderungen und Sondergesetze manipuliert — hat sich seitdem nicht zuletzt

durch die Methoden des allgegenwärtigen Geheimdienstes KCIA zu einem Schrecken für viele Südkoreaner entwickelt. Studenten, Intellektuelle und einzelne kirchliche Kreise zählen seit 1972 zu den unermüdlichen Kritikern des Regimes. Deshalb gilt ihnen auch seit langem die Hauptwucht der Verfolgung durch den Geheimdienst. Seit dem Inkrafttreten von vier Notstandsgesetzen zwischen dem 8. Januar und 3. April dieses Jahres war praktisch jede Art von Kritik oder Opposition verboten und mit schärfster Strafe belegt.

Ein Bischof als Symbol

Der jetzt zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte 52jährige Bischof *Chi Hak Sun* ist in gewisser Weise typisch für die christlichen Opponenten gegen das Regime von *Park Chung Hee*. Seit 1965 leitete er seine Diözese, vorher war er eine Zeitlang Chef der Militär-